**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

**Band:** 14 (1934-1935)

**Heft:** 11

Rubrik: Politische Rundschau

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 11.12.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

# Politische Rundschau

## Schweizerische Umschau.

nach dem 24. Februar. / Ofterreich und Italien.

Das Ergebnis der Bolksabstimmung vom 24. Februar 1935 ift wohl geeignet, alle die mit größter Genugtuung zu erfüllen, benen die Selbständigkeit bes Landes etwas bedeutet und die — im besondern angesichts der bedenklichen europäischen Lage und ber um uns fast ohne Ausnahme rapid gesteigerten Ruftungen - in ber Berwirklichung des der Abstimmung unterbreiteten Postulates das einzig zuverlässige Mittel erkannten, diese Selbständigteit zu bewahren. Damit foll vielleicht weniger auf die rein zahlenmäßige Bedeutung der vermehrten Dienstleiftung abgestellt werden — obwohl beren Notwendigkeit jedem klar geworden sein mag, ber ben Stand ber felbmäßigen Ausbildung in ben Wiederholungsfurfen gu beobachten Gelegenheit hatte - als vielmehr auf die sogenannte psh chologische Bebeutung. Und besonders unter biefem Gesichtspunkt gibt ber Ausgang ber Abstimmung tatsächlich Unlag zu größter Befriedigung, und bies in boppelter Begiebung: einmal im hindlid auf die gespannte Erwartung bes gesamten benachbarten Auslandes, das im Grunde eine Berwerfung taum in Rechnung ftellte, vielmehr zum großen Teil mit ber Unnahme als eine Selbstverständlichkeit rechnete - und zum andern im Sinblick auf die tatfachlich außerordentlich peffimift i= ich en Brognofen, die man bon fast burchwegs allen Leuten hören konnte, bie in ber Abstimmungstampagne - vor allem in Bern, ber Westschweiz und ber Innerschweis — tätig ober sonstwie mit ben politischen und wirtschaftlichen Rrisengebieten in steter Berührung waren.

Bas nun in erster Linie die außenpolitische Bebeutung der Ubstimmung betrifft, fo konnte, wer bie ausländischen Preffestimmen vor ber Ubstimmung beachtete, tatsächlich nur mit großer Sorge die Möglichkeit einer Berwerfung ins Auge fassen. Es ist wohl der Masse der Stimmenden taum bewußt geworden, um was es am 24. Februar — außenpolitisch gesehen — eigentlich ging - man könnte sich andernfalls gewisse verwerfende Ergebnisse, gerade in Rantonen, die die Begründung ber ichweizerischen Freiheit für sich in Unspruch gu nehmen gewohnt sind, kaum erklären. Und in diefer Beziehung bedeutete die Abstimmung tatfächlich bie Probe aufs Exempel: bas "Primat ber Außenpolitit" ist schließlich keine Phrase und für kein Bolk ist die restlose Durchfegung biefes Grundfates im Grunde einfacher, als für bas unfere, beffen gange Außenpolitik in ber Wahrung von Freiheit und Unabhängigkeit als einem — nach außen — gemiffermagen paffiven politischen Ziel beschloffen liegt. Dabei war nun gerade die Fragestellung für ben 24. Februar bentbar einfach und klar; benn es ging ja einzig barum, die Ruftung bes Landes, die immer noch auf den Bestimmungen ber Militärorganisation von 1907 ruhte, in einem wirklich bescheidenen Ausmaß der seit= her eingetretenen Entwicklung anzupassen. Und der Weltkrieg mahnte mit seinen noch nicht vergessenen Erfahrungen, daß unsere Unabhängigkeit anders denn durch zwedentsprechende Ruftungen nun einmal nicht bewahrt werden kann. Soweit man nun die Presse des Auslandes verfolgen konnte, ging die Meinung einhellig dahin, daß unser Bolk die Konsequenzen der gegebenen Lage mit jener Selbstverständlichkeit ziehen werde, die bas Ausland in diefer Beziehung, zumal feit den Tagen bes Weltkrieges, von uns gewohnt ift. Dazu tam, bag bie ausländische Preffe vielfach Meinungsäußerungen von fachmännischen Beobachtern unserer Manöver wieder. gab, die mit einer auffallenden Ginhelligfeit bas Ungenügen unferer Truppe in Bezug auf die Beweglichkeit, überhaupt das Berhalten im Felde feststellten. Wer biefe Meinung im Auslande beobachtete und fich ber Diskuffion erinnerte, bie vor ungefähr zwei Sahren über bie Möglichkeit und Gefahr eines Durchmariches burch

bie Schweig in ber frangolischen Breffe geführt worben mar, ber fonnte nicht im Bweifel fein über die Folgen, welche ein verneinender Entscheid am 24. Februar hätte haben muffen. Gang abgesehen von ben materiellen Anderungen, welche in ben Aufmarichplanen ber uns benachbarten Beere notwendig eintreten mußten, bie anscheinend auch bis heute immer noch mit einer verteidigungsbereiten und verteibigungsfähigen Schweizerarmee rechneten, mußte eine Berwerfung pfychologisch außerorbentlich ins Gewicht fallen. Denn bie Pagififten find in ben Ländern, bie uns umgeben und die uns damit unmittelbar angehen, gewissermaßen ausgestorben, jebenfalls zu hoffnungslosem Schweigen verurteilt und, wer bort an Wehr und Baffen, geschweige benn am Behrwillen bes Bolfes, Rritit üben wollte, bem wurde es, wenigstens bei unsern nördlichen und sublichen Nachbarn, übel ergeben. Es vollendet sich Tag für Tag mehr die Ronzentration der nationalen Kräfte um uns und die Behrhaftigkeit ist als sichtbarer Ausbrud biefer Strömung felbstverständliches Gemeingut ber mefentlichen unter unfern Rachbarn geworben: man mag bies im Interesse bes Friedens bedauern ober nicht, bas ift belanglos; uns bleibt nur die Feststellung, daß es so ift. Gine Ablehnung der Wehrvorlage hatte man beshalb um uns einfach nicht verstanden.

Das beweisen nachträglich die zahlreichen ausländischen Pressestimmen, die sich zu dem Ergebnis der Abstimmung äußern; die Schweiz wird allgemein gelobt, als Vorbild hingestellt und sogar halbamtliche Stellen, wie die Deutsche Diplomatische Korrespondenz des Auswärtigen Amtes in Berlin, widmen dem Ergebnis günstige Rommentare. Dies alles zeigt zur Genüge, was eine Verwersung bedeutet hätte. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die psychologische Wirkung eines ablehnens den Entscheides sich zudem in vermehrter Liquidierung ausländischen Besitzes schweiszerischer Staatspapiere materiell ausgewirkt und damit neue, erhebliche Goldabzüge veranlaßt, vielleicht sogar die Währung in Gesahr gebracht hätte.

Gerade aus solchen Erwägungen der Außenpolitik mußte deshalb dieser Rampf gewonnen werden. Underseits aber war die Abstimmungslage, bei Beginn ber Kampagne, also um Mitte Januar, so, bag in ben Areisen, welche mit bem Bolke in steter Hühlung standen und seine Stimmung kannten, mit einer Berwerfung gerechnet wurde. Dies barf heute, wo die Befahr glüdlich abgewendet ift, ruhig gefagt werden, mahrend diese Unsicht mahrend des Rampfes gludlicherweise in der Presse nie zum Ausbrud fam. Bor allem in den Kreisen bes Eidgenöffischen Attionstomitees für die Behrvorlage, bas in Bern seinen Sit hatte, war man außerordentlich pessimistisch, was sich wohl zu einem großen Teil gerade durch die Beurteilung der Lage im Kanton Bern und in der Westschweiz, vor allem der Waadt, erklarte. Dag es dort zu einer Berwerfung fommen würde, mußte man damals als sicher annehmen und man nahm es auch bis zum Tage bes Entscheides an. Umfo größer mußten beshalb angesichts der drohenden Gefahr die Anstrengungen sein und hier hat nun das Gidgenöffische Komitee, in Berbindung mit den tantonalen, tatjächlich Außerordentliches geleistet. Redner wurden im gangen Lande herumgeschickt, die Rantone instematisch, Gemeinde um Gemeinde, Begirt um Begirt, bearbeitet. Gine besondere und, wie sich gezeigt hat, außerorbentlich nüpliche Rolle spielte hier der "Armeefilm", ber in 14 Kopien im ganzen Lande gezeigt wurde und von Mitte Januar an ging tein Tag zur Reige, der nicht alle 14 Filme in einer Stadt ober einer fleinsten Gemeinde in Tätigkeit gesehen hätte. So wurde denn alles getan, was zu tun war, und auch von Seiten des Bundesrates icheute man feine Muhe, wobei neben bem Bunbespräsibenten Minger im besondern Bunbegrat Bilet unermüblich tätig war und bis zum letten Tag baran arbeitete, feine engern Landsleute von ber hemmung zu befreien, welche bie Getrantesteuer bort bedeutete.

Wer nun beispielweise im Kanton Zürich, speziell auf dem Lande, für die Borlage warb, tonnte bald erkennen, daß eine Gefahr hier tatsächlich nicht bestand.

Die Argumente zur Begründung der Vorlage wurden in ihrer lapidaren Einfachheit voll Berständnis aufgenommen und die große Bedeutung der Vorlage für die Zutunft des Landes rasch erkannt. Hier konnte es insbesondere auffallen, daß auch die Arbeiterschaft im wesentlichen durchaus zugänglich war, besonders wenn man zu ihr die positiven Stimmen aus ihren eigenen Kreisen, der Arthur Schmid und Klöti sprechen ließ. Unentwegte Pazisisten und Schwärmer gab es natürlich überall, die mit sanstem Ausschlag der Augen versicherten, daß wir nicht durch Ausrüstung, sondern durch Abrüstung das Beispiel des friedlichen — Lammes vor dem Forum Europas geben sollten, aber ihre Worte gingen stets unter in herzlichem Gelächter und Schlußrusen. Aber troß solcher regionaler Zuversicht mußte man eben dem Gesamtergebnis mit großer Besorgnis entgegensehen.

Unter solchen begründeten Aspekten betrachtet — optimistische Beurteilung war wirklich selten — muß uns das Ergebnis mit großer Besriedigung erfüllen. Bor allem bemerkenswert sind die Kantone Bern, Waadt und Genf. Was insbesondere diesen Kanton betrifft, so dürste es Herrn Nicole nachgerade klar werden, daß die Tage seiner Herrlichkeit gezählt sind, nachdem nun auch die Initiative auf Neuwahl des Staatsrates zustande gekommen ist. Bern und das Waadtland aber haben aus dem 24. Februar einen Ehrent ag der Demokratie gemacht, den wir nicht vergessen wollen. In diesen Heften ist unlängst das dringende Problem der land wirtschaftlich en Krise in seiner ganzen Schwere dargestellt worden und man weiß, daß die Stimmung in den hauptbetroffenen Berner Gebieten bedenklich geworden ist, so, daß offizielle Führer der Bauernpartei gewisse Gebiete ohne Schaden kaum mehr betreten können. In der Waadt ist die Opposition gegen Bern noch selten so start gewesen, wie heute. Umso ersreulicher muß das Ergebnis dieser beiden Kantone wirken.

Bersagt haben wesentliche Teile der Innerschweiz, versagt auch Freiburg und Wallis. Es gibt Leute, die nicht ohne Grund der Meinung sind, daß es mit dem "staatserhaltenden Element" des Katholizismus doch seine eigene Bewandtnis habe. In der katholischen Presse ist die Enttäuschung denn auch unverhüllt zum Ausdruck gekommen, und insbesondere der "Morgen" legt in seinem Kommentar den Finger auf die Bunde. Der Artikel, der anscheinend von dem ausgezeichneten Bernerskorrespondenten dieser katholischen Zeitung, Herrn Dr. Cavelti, stammt, beleuchtet die Haltung der Mehrzahl der katholischen Kantone mit freimütiger Kritik und macht insbesondere geltend, daß irgendwelche Ursache für diese Kantone nicht bestanden habe, die Vorlage zu verwersen, da die angeblich früher gehandhabte Zurückstung der Katholiken in der Armee, vor allem in Besörderungsfragen, heute nicht mehr geübt werde. Es werde einer entschiedenen Aufklärung bedürsen, um die Haltung dieser Kantone für künstige Abstimmungen im Sinne einer positiven Politik zu beeinsssuch flussen.

Der Artitel des "Morgen" ift aber noch in einem andern Punkt interessant. Nach der Ansicht des Berfassers könne man in der Haltung dieser Kantone nicht nur Negatives erblicken, sondern auch einen sehr positiven Gedanken, nämlich eine ge-wisse gesunde föderalistische Reaktion. Der Berfasser macht hier allerdings eine Einschränkung, indem er bemerkt, daß diese Reaktion gegen Bern immer nur dann bestehe, wenn es gelte, gegen den "nehmen no en Bund" aufzutreten, während anderseits der "geben de Bund" jederzeit als willkommener Gast begrüßt werde. Die Bemerkung scheint mir nicht ganz richtig. Daß der Bund nicht unbegründet den Kantonen Teile seiner Einkünste zur Berfügung stellt, erscheint deswegen ohne weiteres klar, weil die Kantone wesentliche Teile der ihnen ursprünglich kraft ihrer Souveränität zustehenden Finanzhoheit abgetreten haben, wobei nur an die Zölle und die indirekten Steuern gedacht sei. Läßt man diese Einschränkung demnach sallen, so ist der betreffenden Bemerkung des "Morgen" durchaus zuzustimmen, denn eine söderalistische Reaktion kann angesichts der zus

nehmenden zentralistischen Bestrebungen nur von Gutem sein, indem sie den Bund grundsätlich in die Grenzen verweist, die er nicht überschreiten darf. Allerdings war nun die Wehrvorlage entschieden nicht der geeignete Anlaß zu einer solchen Demonstration.

Mit der Annahme der Wehrvorlage ist nun einer der schwersten Gesahrenpunkte schweizerischer Politik glücklich beseitigt und man darf wohl sagen, daß der Ausgang dieser Abstimmung wenigstens eine gewisse Hosfnung auf eine ebenso günftige Erledigung des andern Gesahrenpunktes bedeutet. Wenn im Juni dieses Jahres die Krisen in it iat ive zur Abstimmung gebracht wird, ist ein weiterer entscheidender Punkt erreicht, der in wirtschaftlicher und wohl auch in politischer Beziehung für die Zukunft des Landes Großes bedeutet. Nun hat das Volk am 24. Februar gezeigt, daß es troß der Krise und gewissen vermehrt zu Tage getretenen Unzuträglichkeiten unseres politischen Systems gewillt ist, immer dann, wenn es um die Entscheidung geht, die Unabhängigkeit des Landes und die Demokratie zu schützen. Möge bei dieser nächsten großen Abstimmung dasselbe Verantwortungsbewußtsein zu einem wuchtigen Ne in führen, denn von diesem Entscheid hängt in hohem Maße die Zukunft unserer Demokratie ab.

•. \*

Es scheint, als ob die außenpolitische Lage ber Schweig - abgesehen von ber Unnahme ber Behrvorlage - in ben letten Bochen eine gemiffe Erleichterung erfahren habe. Jedenfalls bestehen deutliche Anzeichen bafür, daß die politische Um. klammerung durch den italienischen Druck über Ofterreich sich lockern könnte. Man wird wohl faum fehlgeben in ber Unnahme, bag Italien nun voraussichtlich für längere Zeit durch seine ostafrikanische Bolitik in einem Maße in Anspruch genommen wird, welches bas Land zu einer gemissen Burudhaltung in ber kontinentalen Politik nötigt, was umfo mehr ber Fall ware, wenn etwa ber abessinische Ronflitt zum Rriege führen follte. Die Entsendung von zwei ordentlichen und zwei freiwilligen Divifionen, abgesehen von ber faschistischen Milig, in Berbindung mit einer Unmasse von Kriegsmaterial und technischen Truppen, scheint bie lettere Möglichkeit bestätigen zu wollen und die Vermutung ist wohl nicht unbegründet, daß Muffolini anfangs Januar in Rom von den Franzosen nicht nur bie bekannten, verhältnismäßig unbedeutenden Zugeständnisse in Nordafrika erhalten hat, sondern darüber hinaus die Zusicherung einer wohlwollenden Neutralität in einem eventuellen oftafrikanischen Ronflikt. Rommt es inbessen bort wirklich zum Kriege, so wird sich Italien wohl auf eine lange Dauer gefaßt machen muffen und es ist babei zu bebenken, daß die finanziellen Mittel bes Landes keineswegs unerschöpflich sind; insbesondere ber ständige Schwund bes Gold- und Devisenbestandes ergibt deutliche Hinweise. Umso mehr wird sich die italienische Politik in Europa Zurückaltung auferlegen, was nun für uns bestimmt eine nicht unwesentliche Erleichterung bedeuten tann. Die Parifer- und Londoner-Reise bes öfterreichischen Bundestanglers läßt zubem die Bermutung offen, daß Ofterreich fich wieder mehr ber frangofischen Orientierung zu wibmen gebenkt und ber italienische Einfluß bis auf weiteres wohl auf seinem Sohepunkt angelangt sein burfte. Im übrigen find allerdings die Berhältnisse in Ofterreich, die unsere volle Beachtung erfordern, genau so unsicher wie seit langem und es scheint, daß bies Herrn Schuschnigg in London mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit vor Augen geführt worden ift. Redenfalls steht die englische Offentlichkeit, soweit man ihre Meinung aus ber Presse verfolgen kann, bem Regime Schuschnigg nach wie vor außerordentlich fühl gegenüber, was bei einem so bemokratischen Volke schließlich nicht verwundern fann. Und gegenüber folden Stimmungen in einem Lande, von beffen Bohlwollen das jegige Ofterreich erheblich abhängig ift, ware offenbar eine etwas geschicktere Diplomatie erforberlich als bie, welche herrn Baron Berger-Walbenegg beliebt. In dieser Beziehung hat nun der öfterreichische Außenminister entschieden den Bogel abgeschossen: er erklärte nämlich einem französischen Interwiewer auf die Frage, wie er sich zu einer Bolks abstimmung über die innerpolitische Gestaltung Osterreichs stelle, ein solches Berlangen sei "ein fach lächerlich" und es bedeute dasselbe, wie wenn er, Baron Berger-Balbenegg, die Absehung Hillers verlangen würde. Man weiß gegenüber einer solchen Bemerkung tatsächlich nicht, ob man sich mehr über die Naïvität oder den Zhnismus, die darin enthalten sind, wundern soll. Daß eine solche Gesinnung bei einem führenden österreichischen Regierungsmitglied in allen Ländern, wo die Demokratie noch etwas bedeutet, den bedenklichsten Eindruck hinterlassen muß und jedenfalls in England den Osterreichern nichts genütt hat, ist klar.

## Zur politischen Lage.

### Londoner Gespräche. / Die ersten grüchte der Romer Gespräche.

"In Rom sind die Herren Laval und Mussolini beisammen gewesen," so hat meine lette Betrachtung über die Entwicklung der weltpolitischen Berhältnisse beginnen müssen. In London sind die Herren Flandin und Simon beisammen gewesen, so geziemt es sich, unsere diesmalige Betrachtung zu beginnen. Tagelang war ja der Blätterwald der ganzen Welt von diesem Ereignis erfüllt und mächtig rauschte es in London, in Paris, in Rom und in — Wien. Genau wie in Rom wurde die völlige Einigkeit in "allen Bestrebungen zur Erhaltung des europäischen Friedens" sestagtellt. Genau wie in Rom wurde zum Schluß allerlei säuberlich zu Papier gebracht und nach Berlin übermittelt. Kategorisch wurde den Deutschen von Paris aus klargemacht, daß sie jetzt schleunigst zu unterschreiben hätten, was die leitenden Staatsmänner Frankreichs und Englands ausgeheckt hätten; nur so könne das Deutsche Reich beweisen, daß es ihm mit der Sicherung des europäischen Friedens Ernst sei. Man hat den Ostpakt neu empsohlen, man hat den Oonaupakt neu empsohlen und man hat zudem als neueste Reuizkeit einen Lustpakt ausgearbeitet.

In Berlin hat man barauf einmal die gleichgeschaltete Presse schweigen lassen. Zum Zweiten hat man der aufhorchenden Welt verkündet, daß man natürlich den Vorschlägen aus London ein sehr geneigtes Ohr leihe, aber man müsse sich diese Dinge einmal zunächst genau ansehen. Dieses Ansehen aber brauche Zeit. Es hat auch wirklich Zeit gebraucht. Schließlich ist aber die Antwort doch gekommen. Sie sagt nicht ja und sagt nicht nein, sie sagt einsach, man wolle über die Vorschläge verhandeln. Darob entstand in London und Paris große Enttäuschung! Zuerst hieß es: Wenn ihr nicht wollt, so machen wir es eben alleine. Dann besann man sich darauf, daß man eigentlich den ganzen Zauber von Pakten nur inszeniert hatte, um das Deutsche Reich damit festzulegen. Wohl oder übel erklärte man sich eben zu den gewünschten Verhandlungen bereit. Man fand aber dabei heraus, daß man sich angesichts dieser neuen Lage zunächst wieder selbst verständigen müsse. Diese Verständigung ist jeht in der Arbeit.

Damit wird sich noch einmal dasselbe Spiel wiederholen: Zunächst verständigen sich Paris und London untereinander, dann verhandeln sie mit Deutschland und stellen dieses natürlich vor vollendete Tatsachen. Das aber wird wiederum für die Berhandlungen nicht günstig sein. Man darf also ruhig annehmen, daß die Berständigung der Großmächte über das Shstem der Patte noch nicht so rasch fertig sein wird. Es wird noch etlicher Reisen, Konferenzen und Denkpausen bedürfen, um die Lage auch nur einigermaßen abzuklären.

Inzwischen aber wird in Deutschland die Aufrüstung wieder ein Stück vorswärts gehen. Man wird damit dem Rüstungsstand, der angestrebt wird, wieder einen Schritt näher kommen. Die tatsächliche Gleichberechtigung ist also für Deutschsland auf dem Marsch, diese Gleichberechtigung, die im Grunde genommen einzig und allein von der Stärke der Machtmittel abhängt, die hinter dem Verhandlungss

führer in Berlin bereitstehen. Das aber ift boch bas Ziel ber heutigen beutschen Politit, bas Ziel, bem hitler mit gaber Beharrlichkeit zusteuert.

Unterdessen sind die ersten Früchte der von so heißem Friedenswillen erfüllten Römer Gespräche bereits aufgegangen, rascher als es wohl jemand erwartet hatte. Selbst in Paris scheint man nicht geglaubt zu haben, daß Mussolini den ihm von Herrn Laval bereitwilligst auf Kosten eines Dritten ausgestellten Wechsel so rasch präsentieren würde. Das lassen wenigstens die ungnädigen Kommentare der französischen Presse zum Vorgehen Italiens in Abessphnien vermuten. Mussolini aber hat eben gezeigt, daß es ihm mit den Römer Verhandlungen wirklich ernst war und daß er ganz und gar nicht daran denkt, sich die hauptsächlichen Früchte der Einigung

mit Frankreich entgeben zu laffen.

Freilich, Mussolini hat insofern Glück gehabt, daß ihm gerade ein Grenzzwischenfall den Borwand bot, zum Angriff überzugehen. Wie wird man sich in Rom darüber gefreut haben! Ohne einen Augenblick zu zögern, hat man seine Borbereitungen begonnen: Auf der einen Seite werden pflichtschuldigst diplomatische Gespräche geführt, auf der andern Seite mobilisiert man zunächst in aller Stille und dann mit möglichst viel Lärm reguläre Truppen und Schwarzhemden. Planmäßig werden alle Borbereitungen getroffen, um eine Expedition großen Stiles durchssühren zu können. In London ist man demgegenüber in Verlegenheit und rät den Abesschnen, nur ja den Bölkerbund nicht zu behelligen. Welche Berlegenheiten könnten entstehen, wenn Abesschnen von seinem Mitgliedsrechte Gebrauch machen würde und wenn es in Genf dann irgendwoher auch noch Sukturz gegenüber der nackten Gewalt des Stärkeren erhalten würde. Also lieber nicht nach Genf! Wosdurch der Nutzen des Bölkerbundes für die kleinen Staaten wieder einmal unter Beweiß gestellt wird! In Frankreich weiß man auch nicht recht, was man sagen soll, und so sagt man eben mit vielen Worten möglichst wenig!

In solchen Fällen haben dann die Unbeteiligten die Aufgabe, den Fall einigermaßen klar zu stellen, was nun auch hier geschehen soll. Es ist ja ganz klar, daß
Ftalien unbedingt entweder Abesschnien insgesamt in seine Abhängigkeit bringen
oder doch einen wesentlichen Teil seines Gebietes erwerben will. Ob nun dieses
Biel auf dem Wege eines großen Kolonialseldzuges erreicht wird oder durch diplomatischen Druck und militärische Drohungen, das wird von der Entwicklung ber
politischen Gesamtlage abhängen. Hat Italien in Europa nichts zu befürchten, so
wird es sorscher vorgehen, als wenn sich nächstens am europäischen politischen Himmel
wieder schwere Wolken zeigen werden. Auf jeden Fall wäre für Mussolini und ben
Faschismus überhaupt nichts erwünschter, als durch einen siegreichen abesschnischen
Feldzug den Gedanken an Adua zum Verschwinden zu bringen und zugleich für

die Fahnen des Faschismus einigen militärischen Lorbeer zu pflücken.

Wie das Urteil über das ganze Borgehen vom Standpunkte des Nechtes und des politischen Anstands aus beurteilt werden muß, weiß jedermann. Daß das aber sur Mussolini keine Rolle spielt, hat er immer offen und ehrlich gesagt. Der Sacro Egoismo der Kriegszeit wiederholt sich in der faschistischen Politik in verschärfter Form. Italien greift ohne jedes Bedenken zu, sobald es irgendwo eine Möglichkeit sieht, seinen Lebensraum zu vergrößern. Nacheinander haben fast alle Nachbarn Italiens und zwar sowohl Frankreich wie England, sowohl Südslawien wie Griechenland und sowohl die Türkei wie die Araberstaaten am Koten Meer mit diesem rabiaten Ausdehnungswillen unliedsame Bekanntschaft gemacht. Nun hat Frankreich Mussolini die Türe nach Abesspnien geöffnet und fast augenblicklich hat dieser die ihm gebotene Gelegenheit ergriffen. Schlag auf Schlag solgen sich die Ereignisse und heute weiß noch niemand, wohin sie führen werden. Aber das werden alle Nachbarn des fascistischen Italien in der Rähe und in der Ferne wissen, daß diesem Staate gegenüber höchste Wachsamkeit geboten ist und daß jeder andere

Staat in dieser Lage gut baran tut, sein Pulver troden zu halten. Das wird sich auch unser Land und gerade es genau merken muffen!

Darüber hinaus aber wird man fich ringsum hinter die Ohren schreiben muffen, mit welcher vollendeten Strupellofigfeit die Grogmachte auch beute im schönen Beitalter bes Bölferbundes und ber Abrüftungsverhandlungen einem fleinen Staate gegenüber verfahren, wenn bas für ihre Plane nüglich fein fann. Das bemokratische Frankreich hat durch den friedensliebenden Herrn Laval ohne jedes Besinnen dem fascistischen Italien den letten unabhängigen Staat Afrikas ans Messer geliefert. Herr Laval wird sich babei gedacht haben, daß das Frankreich am billigften zu fteben komme. Bas aber haben bie hochmoralifchen Berren ber fonservativ-nationalen Regierung Englands sich bei bem Sandel gedacht, ben fie boch bei ihrer gerade so innigen Freundschaft mit Frankreich ausbrücklich beden? Was haben die Herren Macdonald, Simon, Chamberlain und wie sie alle heißen ber Welt und bem eigenen Bolte über biesen Fall zu sagen? Das wird man ja in einiger Beit erfahren und wir zweifeln nicht baran, daß sie für das Borgeben Staliens in Abeffnnien nötigenfalls eine fehr ichone Erklärung finden werden, eine viel wohltonendere sicher als das Vorgehen Japans in der Mandschurei, in der Mongolei und in Nordchina. Außerhalb des Lagers der Großmächte jedoch und außerhalb der Gefellschaft ihrer intereffierten Trabanten wird man gut tun, burch all ben regelmäßig um bie Grogmachtspolitit herum ausgebreiteten Dunft burchzusehen und die Dinge in all ber traffen Radtheit zu feben, wie sie tatfächlich sind. Man wird sich so für die Butunft neue unangenehme Enttäuschungen ersparen! Auch aus bieser Erkenntnis aber wird man gerade in ber Schweiz seine Lehren ziehen muffen.

In dritter Linie schließlich beleuchtet der "abesschnische Zwischenfall" schlaglichtartig wieder einmal ben wirklichen Wert bes Bölkerbundes. Noch liegt bie Zeit erst wenige Wochen zurud, wo unsere Bolkerbundsfreunde mit ihren Nationalraten an ber Spipe triumphierend barauf hingewiesen haben, wie vortrefflich ber Bölferbund nach bem Attentat auf Marfeille seine Aufgabe erfüllt habe. Er hat bamals wirklich als gute Rulisse für die Arbeit ber Großmächte gewirkt. Er hat geholfen, ben Subflamen bas Ginlenten bor bem vereinten Drude Frankreichs und Englands zu erleichtern. Aber hat man nicht früher ahnliche Dinge auch ebenso gut durch die bloge Diplomatie ber Grogmächte erledigen können, wenn es biefen wirklich gepaßt hat? Selbstverständlich! Aber weil nun von Paris und London aus bafür der Bolterbund in Bewegung gefest worden ift, find unfere Bolterbunds= freunde beinahe in Ehrfurcht bor einer folden Leiftung erftorben! Wie steht die Sache aber heute? Wo bleibt benn bei ber brohenden Rriegsgefahr, in einem Augenblick, wo das eine Völkerbundsglied gegen das andere mobilisiert und bereits seine Truppen in großer Rahl auf die Schiffe fest, ber Bolferbund? Bo bleibt in bem Augenblid brobenber Rriegsgefahr bas von ben ichonen Sagungen vorgeschriebene Einschreiten des Bölkerbundes? Es bleibt völlig unfichtbar! England hat ja fogat Abeffpnien geraten, nur ja nicht ben Bolferbund anzurufen, sondern alles birekt zu erledigen. Nun, die Italiener sind ja dabei, die Sache mit Abesshnien auf dem birekteften Bege zu erledigen. Und keines von ben vier Dugend Bölkerbundsmitgliebern mudft babei. Es ware ja auch zu gefährlich, die Wege ber Großmacht Italien zu freuzen, die ja von Frankreich und England gebilligt worden find. Und bei biefem unerhörten Berfagen wird tropbem in einiger Zeit wieder jemand ben Mut haben, die fleinen Staaten und vor allem unfern eigenen fleinen Staat auf ben Bölferbund zu vertröften!

Marau, ben 25. Februar 1935.

## Strategische Straffenbauten im Vorarlberg.

Ofterreich widmet dem Ausbau seiner Alpenstraßen außerorbentliche Sorgfalt und wird unfern Stragen binnen kurzem ben Rang ablaufen und bamit ben Strom der Automobilisten über seine Alpenstraßen und durch seine Täler hindurch lenken. Aber nicht nur vom Standpunkt des Fremdenverkehrs aus, sondern ebenso vom militärischen Standpunkt aus müssen biese auffallenden Straßenbauten unsere Aufmerksamkeit erregen. Ein großes Brojekt ist gegenwärtig im Vorarlberg, unserm birekten Nachbarland, in Ausführung, unter Mithilfe bes Arbeitsbienstes und mit Mitteln aus einem großen Arbeitsbeschaffungsprogramm. Es handelt sich um eine Stragenberbindung zwischen bem Bregenzerwalb und bem Lechtal. In Schröden und Warth wurden die Arbeiten im Berbst 1933 gleichzeitig aufgenommen. Borerft gilt es, die Ortichaft Schröden (1270 m) an ben Straffenzug bes Bregenzerwalbes anzuschließen, was bis Mitte Juli 1935 vollzogen sein burfte. Im letten Teilstud zwischen Schröcken und Schoppernau muß u. a. eine 70 m weit gespannte Gisenbetonbrücke erstellt werden. Auf der Lechtalerseite hat der freiwillige Arbeitsbienst die Straße von Warth bis Wolfeggen nahezu vollendet und wird im Laufe des Sommers Hochkrambach am Fuße des Widdersteines erreichen. Es bleibt dann noch als lettes Stud ber Hochtannbergpaß zwischen Krumbach und Schröcken zu überwinden (1670 m). Die Straße soll in ihrer ganzen Länge von 16 km auf 5,5 m ausgebaut werben bei mäßiger Steigung (bis 6 %).

Ihr eminenter strategischer Wert liegt barin, daß fie bas Lechtal mit bem Bregenzerwald verbindet und damit neben dem Arlberg noch eine zweite Straßenverbindung zwischen Tirol und Vorarlberg schafft, und zwar in der Nähe der deutschen Grenze. Da bereits eine Stragenverbindung besteht zwischen dem obern Lechtal und bem Arlberg über ben Flegenhaß, wird bamit also ber Bregenzerwalb birekt mit bem Arlberg verbunden. Die neue hochtannbergstraße wird nicht allein bon größtem militärischem Bert fein bei einem Ronflitt zwischen Deutschland und Ofterreich-Italien, wobei immer zu berücksichtigen ist, daß Ofterreich ja politisch und militärisch von Stalien abhängig ift und zwischen biefen beiben Staaten fogar eine geheime Militärkonvention bestehen soll. Ihr kommt auch im hinblick auf die Schweiz eine erhebliche Bedeutung zu, für den Fall nämlich, daß es einmal Italien einfallen sollte, nicht allein im Suben, sondern auch von Often ber unser Land anzufallen. Angesichts ber wachsenden militärischen Ginflugnahme Italiens in Ofterreich wird man kaum fehl gehen in der Annahme, daß auch die großzügigen Straßenbauten Österreichs zum Teil auf italienische Initiative zurückgehen, erfolgen sie boch mit der gleichen Planmäßigkeit im Sinblid auf strategische Bedeutung, wie die Straßenbauten im italienischen Grenzgebiet. Auch Ofterreichs Alpen werben jett von langer Sand für den nächsten Rrieg Italiens vorbereitet!

Gottfried Zeugin.

## Die innerpolitische Unruhe in Frankreich.

Vielleicht lebt das Kabinett Flandin noch, wenn diese Zeilen erscheinen, vielsleicht ist es bereits gestürzt und bereits halb vergessen. Dieses "vielleicht" ist für die Zustände im französischen Parlamentarismus bezeichnend. Kaum ist ein Kabinett im Amt und hat zu arbeiten begonnen, da beginnt schon die Flüsterkampagne in den Wandelgängen des Palais Bourbon und in gewissen Parteisekretariaten. Der eine Abgeordnete fürchtet, daß der neu ernannte Präfekt bei irgend einer einflußereichein Gruppe seines Wahlbezirks Anstoß erregen und damit seine Wiederwahl gefährden wird, und er nimmt das wichtige Getreidegesetz zum Vorwand, um die Diskussion überslüssigigerweise zu verlängern — er will sich seinem "Bolke" in Ersinnerung bringen. Der andere Abgeordnete sindet, daß eigentlich er ein Unters

staatssekretariat hätte bekommen mussen — und er schließt sich einer Verschwörung an, die nur auf die Gelegenheit lauert, um bei irgend einer Nebenfrage überraschend das Kabinett niederzustimmen. Trop seiner unbezweiselbaren Leiskungen war Flandin Mitte Februar gezwungen, einigen ihn besuchenden Parlamentariern sein Leid zu klagen: Das Regieren sei in Frankreich unmöglich — die "Kulissen" hinderten jedes Ministerium an der Arbeit.

Dabei ist bas Rabinett Flandin alles andere als antiparlamentarisch. Ja, es ift sogar zur Ablösung eines Ministeriums gebilbet worben, bessen Prafibent, Doumergue, in den Verdacht geraten war, durch eilige Durchpeitschung einer noch vor wenigen Monaten von allen als unumgänglich angesehenen Staatsreform bas Unsehen und die Autorität der Rammer zu mindern. Flandin wurde als der größte Retter des Parlamentarismus begrüßt und gefeiert. Und in den ersten Wochen nahm sich die Kammer wirklich zusammen — die Regierung konnte gestützt auf eine sichere Majorität arbeiten. Zwar setten bereits vor Beihnachten die ersten Schwierigfeiten ein - bie Diskuffion über bie wichtigen Getreibe= und Beingesete murbe burch eine Fülle überflüffiger Amendements unerträglich in die Länge gezogen. Aber schließlich tamen sie boch rechtzeitig unter Dach und Fach. Außenpolitische Ereignisse schienen nach Beihnachten bas Ansehen ber Regierung zu ftarken. Gegen ben Batt von Rom, ben ber Außenminifter Laval heimbrachte, regten fich in ber Offentlichkeit ebensowenig ernste Bedenken wie gegen die Abmachungen mit England, die bei dem amtlichen Besuche in London zustande kamen. Aber was geht die Außenpolitik schließlich einen französischen Deputierten an? Die Welt ist für ihn sein Wahlfreis - Ausnahmen bestätigen die Regel -, die Autorität wird für ihn burch irgendwelche Interessenten — je nachdem eine Wirtschaftsorganisation oder eine Freimaurerloge — verkörpert; er ist mißtrauisch, wenn eine Regierung Erfolge hat. Bielleicht will sie bann boch bas Barlament ausschalten. Vielleicht ist Klandin doch nur ein geschickterer, listigerer Doumerque, der erst die Kammer einschläfern will, um bann bie Staatsreform zu wagen, die durch einige unauffällige Bestimmungen die Rammer entmachten soll. (Auch Doumergue ist ja nur baran gescheitert, daß er das bisher schlafende Auflösungsrecht des Bräsidenten der Republik zu einer wirklichen politischen Baffe machen wollte, der Präsident sollte die Rammer auflösen können, wenigstens in einigen Fällen, ohne borber ben Senat zu fragen!)

Aber kein Mensch kann bisher bei dem wirtschaftlich orientierten Flandin die Spur von solchen politischen Blänen entbecken. Bielleicht zu seinem Verhängnis benn so ist sein Schicksal an die Launen der Kammer gebunden. Er ist nur so lange seines Amtes sicher, als die Rammer mit ihrer Linksmajorität Angst hat, daß eine Rabinettskrise ein Sprung ins Unbekannte sein würde, das heißt, solange die innerpolitische Unruhe anhält. Fürmahr, ein paradoger Zustand. Es gelingt, einen Dinisterpräsidenten zu finden, der seinem gangen Charafter und seiner gangen politischen Tradition nach "parlamentarisch" eingestellt ift, ber die Staatsreform vertagt, in der hoffnung, daß die Rammer durch ihr Berhalten fie als überfluffig erweisen würde. Dieser Ministerpräsident gewinnt an Ansehen, wenn auch nicht bei den Massen — dazu ist ihnen der allzu nüchterne Flandin zu fern, schon weil er jeden Charakterzuges entbehrt, an den die Phantasie des Bolkes anknüpfen könnte. Seine innerpolitischen Magnahmen werben anerkannt, mag auch die Auswirfung bes Getreibegesehes, bas bie Bilbung freier Marktpreise wieber gestattet, noch nicht zu übersehen sein. Er leitet große außenpolitische Aktionen ein, beren Anfabe teilweise begeistert aufgenommen werden — die Saarabstimmung ist übrigens in Frankreich nicht als eine Nieberlage empfunden worden, trop aller nach Außen zur Schau getragenen Miene ware man burch einen Sieg bes "ftatus quo" überrascht gewesen, wenn man auch eine schwächere beutsche Majorität lieber gesehen hatte. Rurg, Flandin hat bisher Glud, er arbeitet energisch, bereitet große Gefete vor, beren

Nühlichkeit niemand bestreitet — z. B. eine Justizverwaltungsresorm, die bereits ebenso im Entwurf vorliegt wie ein Geset über industrielle Zusammenschlüsse, welches bei aller Abneigung gerade des liberal eingestellten Ministerpräsidenten gegen staatlichen Interventionismus Auswüchse einer anarchischen Konkurrenz uns möglich machen soll. Und doch, die Kulissenintriguen haben bereits begonnen; es ist ihnen schon geglückt, eine ernste Unruhe zu erzeugen, die sich auch an der Börse wiederspiegelte.

Beon Blum, ber parlamentarische Berr ber Sozialiften und bes fie mit ben Rommuniften in einer handlungseinheit jusammenschließenden "Front commun", reibt sich vergnügt die Sande. Wieder einmal ift es ihm gelungen, burch subtile Manover, geschickt bosierte Berbächtigungen und besorgt-pathetische Barnungen, ja an bas Schicffal ber angeblich bedroften Republit zu benten, eine große Unsicherheit im linken Flügel ber feit Doumergue regierenden "nationalen Ginheit" zu erzeugen. Die Radikalsozialisten sind in Erregung geraten; ihr Führer Staatsminister Herriot hatte eine lange Aussprache mit dem Chef des Kabinetts; Gerüchte schwirren bei ihnen herum, daß der Großindustrielle de Wendel die Finanzpolitit Flandins, der durch einen Wechsel in der Direktion der Bank von Frankreich seinen Entschluß bekundet hat, in ihr die bisherigen "konservativen" Bahnen zu verlassen, scharf verurteilt und den Sturz des Kabinetts zum 15. März erawingen wolle; andere meinen wieber, daß hinter Baul Rennaud, bem für ein Abgeben bom festen Frankenkurs kampfenben Abgeordneten, boch gewisse starke wirtschaftliche Machte ständen. Der parlamentarische Honigmond Flandins ift auf alle Fälle nur noch eine suße Erinnerung, wenn es auch wahrscheinlich ist, daß er der nächsten drohenden Krisen noch herr werden wird. Aber seine Stellung ist empfindlich geschwächt: Es hat sich klar gezeigt, daß er ein parlamentarisches Kabinett wie jedes andere gebilbet hat. Und so wird auch er den gleichen schleichenden Krankheiten, die plöglich in Form von Mißtrauensvoten töblich wirken, erliegen wie so viele seiner Borgänger — oder wird er es doch wagen, mit mehr Glück als Doumerque eine parlamentarische Divalaunen minbestens einschränkende Staatsreform durchzuseten?

Aber vielleicht werden die Parlamentarier, die sich zu Werkzeugen von Léon Blums Intrigantentunst machen, doch noch etwas zögern und ihre nervöse Erregung, die eigentlich grundlos ift, bezähmen. Die Intelligenteren aus ihren Reihen wiffen genau, daß die Zeiten vorbei sind, in benen Bahler durch große Bersprechungen ju gewinnen und zu beruhigen waren, in benen Phrasen von ber burch bie Reattion und den Rleritalismus bedrängten Republit mit ihren Freiheiten genügten, um die braven Provingmassen in den traditionell raditalen oder republikanischen Bezirken für den richtigen, von gewissen Cliquen und der Loge patronierten Kanbibaten stimmen zu lassen. Auch in Frankreich gibt es antiparlamentarische Bewegungen, die nicht zu unterschäten find und benen man nicht mit ben bisherigen Methoden der Erinnerung an Napoleon III., die Boulangeraffaire, den Drenfusprozeß, die angeblich klerikal-reaktionäre Borherrschaft usw. beikommen kann. Diese antiparlamentarischen Bewegungen sind zwar noch nicht zu elementaren Massenbewegungen geworden. Sie sind auch noch nicht genügend organisiert, um wirklich Massen ergreisen und mobilisieren zu können. Bor allem aber: Es sehlt ihnen der Maffen magnetifierenbe und mitreigend, über allen Argumenten ftebenbe Suhrer. Die Action Française hat zwar in der letten Zeit wieder größere Erfolge zu verzeichnen, vor allem bei Intellektuellen — aber trop allem bleibt fie auf verhältnismäßig enge Rreise beschränkt. Ihr Antiparlamentarismus zieht, ihre ichonungslofen Angriffe gegen bas Shitem wirten, aber ihre positive monarchistische Parole bleibt "Literatur", woran nichts andert, daß der Sohn bes Thronpratendenten, bes herzogs von Buife, im Gegensat zu seinem sich allzu fehr vornehm gurudhaltenben Bater fich gewiffe Sympathien erobert hat. Die Fronttämpferorgani-

sation "Croix de Feu" des Oberften de la Rocque ift zwar zu einer angesehenen Macht geworden, da zu ihr auch die Jugend strömt — aber bei aller Tattraft besitt ber Oberft tein klares politisches Programm. Einerseits ist er scharf gegen bie republifanische Rorruption, schreibt an den Ministerpräsidenten grobe Briefe, die beffen Ansehen nicht gerade fördern konnen - fo broht er mit energischem Rampf, wenn die geplanten Gefete, die den Reserveoffizieren Baffen wegnehmen und bie Berbande ebenfalls entwaffnen, wie manche Linkspolitiker wollen, fogar auflosen follen, zustandekommen - andererseits läßt er sich auf Rompromisse ein, die boch davon zeugen, daß er ein guter Bürger ift. So hat er sich hinter ben Ruliffen mit ber Regierung über die Demonstrationen am Jahrestag der Parifer Unruhen bom 6. Februar 1934, die zu einem Symbol für die gegen die bisherige parlamentarische Migwirtschaft eingestellten Kreise geworden sind, verständigt. Die von den Croix be feu maßgebend beeinflußte "Nationale Front", eine Dachorganisation, verzichtete auf sie. Die gut disziplinierten Croix de feu sind am besten mit dem deutschen Stahlhelm zu vergleichen. Es ist wahrscheinlich, daß es ihnen ebensowenig wie diesem gelingen fann, eine politisch entscheibende Rolle zu spielen, mag ihr Wachstum auch als Symptom für die Unzufriedenheit weiter Rreise bes Burgertums bis in bie Arbeiterschaft hinein mit dem nicht mehr als national empfundenen Regime bedeutsam sein. Zwei kleinere, bewußt antiparlamentarische, von Fascismus und Nationalsozialismus als Borbilbern entscheidend bestimmte Bunde, Die "Solibarite française" und die "Francisten", haben zwar einen gewissen Anhang; es ist ihnen sogar gelungen, in proletarische Rreise einzudringen — wobei übrigens ehemalige Rommuniften am leichtesten zu gewinnen waren — aber eine große Bedeutung haben sie bisher nicht. Immerhin ift ihre Existenz ein Beweiß bafür, daß bei einer Fortbauer der parlamentarischen Unfähigkeit auch in Frankreich überraschungen möglich sind. An Massenanhang — in den Kreisen der Jugend — ist ihnen bisher die "Seunesse patriotique" des rechtsrepublikanischen Abgeordneten Taittinger weit überlegen; diese Gruppe bildet eine Art Reservoir der Nationalen Front.

Diefen von ihren Gegnern als fascistisch verschrienenen, aber in sich alles andere als einigen Berbänden und Bünden steht die kommunistisch-sozialistische Einheitsfront gegenüber. Diese Front bekennt sich in letter Zeit demonstrativ zur Republif, — wobei es nicht recht klar ist, was ihr auf der Straße aktiverer kom= muniftischer Anhang unter Republit versteht. Seine Republit wird auf alle Fälle als proletarische Diktatur nichts mehr von den Künsten eines Salonsozialisten wie Léon Blum wissen wollen, deren "Feinheit" wohl für das parlamentarische Regime bie gleiche verhängnisvolle Bedeutung hat wie ähnliche übersubtile, aber ber lebenbigen Wirklichkeit fremde Verfallserscheinungen am byzantinischen Sofe. Leon Blum liebt es, sich auf diese republikanischen Demonstrationen zu berufen, um den armen Raditalsozialisten Angst vor der "fascistischen" Gefahr einzujagen und ihnen zu beweisen, wo ihre wahren Berbündeten zu suchen find. Und es ist verständlich, wenn sich gewisse Radikalsozialisten fast unwiderstehlich zu dieser verhängnisvollen Figur ber französischen Innenpolitit hingezogen fühlen. Dieser "Sozialist", ber nur ein völlig unproduttiver Intellektueller und ein Routinier der Verfahrenskniffe ift, unterscheidet sich nur durch seine Phraseologie von irgend einem bürgerlichen Freimaurer und Mitgliede ber Liga für Menschenrechte. Sozialismus ift für ihn ein völlig unverbindliches Ideal für Zeitungsartitel und Reden. Um wohlsten fühlt er fich in der Gegenwart, als Vortämpfer einer grundfählichen innerparlamentas rischen Opposition. So hat er zugleich Einfluß und doch keine Berantwortung, die feine politische Unfähigfeit unwiderleglich erweisen murbe. Aber es ift zu fürchten (ober besser: zu hoffen), daß die heutige Zeit diesen Bolitikerthpus nicht mehr bulbet. Er fonnte feine Beschäfte machen, als der Parlamentarismus noch unberbraucht zu sein schien ober als er zum mindesten (wie in Frankreich) seinen Gegnern barum überlegen war, weil diese sich als forrupt und unfähig erwiesen hatten. Denn die

parlamentarische Republik war selbst in ihren Blütezeiten in Frankreich ein Regime, das bestand, weil sonst eigentlich kein anderes möglich zu sein schien, das bei aller öffentlichen Mißwirtschaft dem Privatmanne ein freies Leben ermöglichte, und weil sich die herrschende Kammer in Krisenzeiten aus Selbsterhaltungstrieb zusammennahm, eben Léon Blums ausschaltete und Männer wie Clémenceau, Poincaré ober noch 1934 Doumerque als Retter in der Not berief.

Bisher ist die parlamentarische Republik in Frankreich stets durch diese skeptische Dulbung und eigene, durch Angst erzwungene Bescheibenheit gerettet worden - aber es ift zu fragen: Wird es auch heute noch ber Kall fein? Rach bewährtem Muster riefen die Abgeordneten, nachdem es sich durch die Unruhen vom 6. Februar 1934 erwiesen hatte, daß die verschiedenen Korruptionsaffairen, Skandäle usw. nicht mehr in gewohnter normaler Beise zu "erledigen" waren, nach einem rettenben Manne. Er tam — Doumerque bilbete fein Rabinett ber nationalen Ginheit, um bie Staatsreform burchzuführen, und vor allem, um bas erschütterte Bertrauen jum Staate wieber herzustellen. Ginige Monate vergingen, ber Sturm ichien beschwichtigt zu fein, und bie Abgeordneten entbedten ploglich, bag ber freundliche lächelnde Doumerque nur ein Strohmann in den händen des bei ihnen nicht sonderlich beliebten, als Exponent gewisser antiraditaler Interessenten geltenden Andre Tardieu war. Doumergue wurde zum Thrannen, den man stürzen mußte. Man fant einen jungen, ehrgeizigen und fähigen Bolititer aus ber rechten Mitte, bet feine Nachfolge anzutreten gerne bereit war. Die schnelle Bilbung bes Rabinetts Flandin im November schien zu beweisen, daß der Parlamentarismus lebendig sei, Führerperfonlichkeiten an die Macht bringen, nicht nur unterbruden konne. Die Standale ichienen allmählich in Bergessenheit zu geraten, nur noch "Kachleute" zu intereffieren, - und fo tehrten die alten Migbrauche allmählich wieder, b. f. Interessentenwirtschaft, Intriguen bunkler Mächte, an beren humanitäre Parolen heute niemand mehr glaubt.

Flandin wollte sich außerhalb dieser "Kämpfe" halten. Thpisch dafür ist, daß er Demonstrationen zum Gedächtnis des 6. Februar verdieten ließ, aber selber des monstrativ dem Gottesdienst in der Notre Dame Kathedrale beiwohnte. So geriet er zwischen alle Feuer. Ein Anhänger der Action Française beschimpste ihn — objektiv sicher zu Unrecht — beim Betreten der Kirche, und dieser Mann hatte, als ihn das Gericht streng bestrafte, die Sympathien der nationalen Kreise auf seiner Seite. Andererseits waren die Kadikalsozialisten unzufrieden — ein französischer Ministerpräsident betrat amtlich eine Kirche und dazu noch bei einer Gedächtnisseier sir die Opfer einer eigentlich reaktionären Revolte! Antiklerikale laizistische Affekte regten sich. Der Kirchengang Flandins schien die Erinnerung an die Ersfolge von Kom und London zurückzudrängen...

Bielleicht geht es dieses Mal noch gut. Denn noch ist die Unruhe zu groß, noch haben die Parlamentarier Angst, noch wissen sie, daß ihre Taktik — ob im Rechts- oder Linksinteresse ist gleich — vom Bolke kaum verstanden werden wird. Noch wissen sie, daß Flandin ihr starker Mann ist, mag er es auch nicht verstanden haben, als starker Mann dem ganzen Lande zu erscheinen. Aber die Krise schwelt weiter. Die Krankheit sitzt zu ties. Eingefressene Gewohnheiten lassen sich nicht durch freiwillige Disziplin derer ausheben, die ihnen seit langem gehuldigt haben. Sachliche Probleme drängen von allen Seiten, die nicht mehr durch Kompromisse zu vertagen oder nur vorläusig, "teilweise" zu erledigen sind. Die Studenten demonsstrieren und verlangen, daß die Ausübung ärztlicher Tätigkeit — wie schon heute die Zulassung zur Advokatur — Fremden verboten und Naturalisserten erschwert wird. Eine kleine Angelegenheit — aber ein Shmptom für die Unzufriedenheit intellektueller Kreise, und vor allem für das Berblassen humanitärer Jdeologien ausgesichts der Minderung der sozialen Ausstliegschancen, ja der wirtschastlichen Existenzmöglichkeiten überhaupt. In den nordassikanischen Kolonien (Algier) wächst

bie Unzufriedenheit bei den Eingeborenen. Die arabischen Intellektuellen wollen für sich und ihre Bolksgenoffen die gleichen Bürgerrechte haben wie die Juden, die als frangofische Burger anerkannt sind. Die bisherigen Methoden, mit Silfe von Notabeln bie Maffen ber Gingeborenen zu banbigen, verfagen. Die Auswirfung ber freien Getreibepreise ift unübersehbar - mag auch bie Ungufriebenheit in ber Landbevölkerung bisher nicht so gefährlich sein, weil sie reiche Bauern, die auf ben Verkauf angewiesen sind, erfaßt und die Masse ber Rleinbauern von ihr noch nicht ergriffen zu sein scheint, die noch vom alten Mißtrauen gegen Reiche und Reaktionare befeelt find. Die Zugkraft ber Freimaurerei, die bas Rudgrat ber III. Republit bilbete, ift erschüttert. Sie ift völlig bekabent, es fehlt ihr jebe Große, aller über einen engen Begirt reichende politische Bille; fie wirkt nur noch als eine Intereffentengruppe alterer Berren, die ihre Boften und ihren Ruliffeneinflug nicht verlieren wollen. Aber noch fehlen auch bie neuen frischen Rrafte, die an Stelle ber völlig verbrauchten älteren Politikergeneration treten und eine neue Ordnung Schaffen können. In biefer Zwischenzeit ist Flandin noch ber beste Typus, ein Mann bes Parlamentes zwar, aber boch feiner bestimmten Clique angehörend, ein Realift, wenn auch vielleicht mit etwas zu wenig Blick für massenpsichologische Momente. Bird es ihm gelingen, ben Busammenbruch eines Shitems aufzuhalten und bie notwendige innerpolitische Beruhigungspause für länger zu erzwingen, die es erlaubt, ben unvermeiblichen Staatsumbau, die Stärkung ber Regierungsautorität unter Beibehaltung traditioneller Freiheiten, burchzuführen? Dber werden außenpolitische Sturme von ber Innenpolitit in Frankreich ablenken? Nur die Beit tann biese Frage beantworten. Spectator.

PS. Noch ist es gut gegangen. Léon Blum muß weiter intriguieren, insegeheim vielleicht froh, daß es in dieser schwierigen Situation nicht zu einer Kabinettskrise gekommen ist, die leicht zu einer Regimekrise hätte werden können. Flandin hat ein imposantes Vertrauensvotum erhalten — mit 444 gegen 124 Stimmen —, aber damit ist nichts Wesentliches geändert. Denn wer weiß, wie lange eine der launischsten Diven, die Rammermajorität, gut gestimmt bleibt, d. h. fürchtet, daß Nervenkrisen ihr selber am gefährlichsten werden können? Das "vielleicht" schwebt weiter über dem Rabinette Flandins... Die Unruhe in der französischen Politik ist nur momentan zurückgedrängt; denn ihre Ursachen sind nicht wirklich beseitigt.

# Aus Zeit und Streit

## Karl Barth. / Eine Entgegnung.

Wir geben im Folgenden einer Einsendung Raum, welche durch den letten Aufsat von "Nemo" über Karl Barth (Januarheft 1935, S. 529/30) veranlaßt ist. Es stand zu erwarten, daß jener Aufsat angesichts der großen Berehrung, die der bedeutende Theologe genießt, nicht unerwidert bleiben werde. Ohne nun im Besonderen zu der Diskussion heute Stellung zu nehmen, möchten wir uns immerhin die Bemerkung nicht versagen, daß das Problem Barth heute keineswegs nur von theologischen bezw. kulturellen Gesichtspunkten zu betrachten ist, ihm vielmehr im letzten Grunde ein stark politischen zu betrachten ist, ihm vielmehr im letzten Grunde ein stark politischen "Politiker" ist, der Anlaß zu einer grundsählichen Auseinanderssehung über Probleme von Kirche und Staatspolitik werden muß.

Schriftleitung.

Wir durfen wohl annehmen, daß mit uns mancher Leser zunächst Mühe hatte, ben Zwed bes erwähnten "Karl Barth" überschriebenen Artikels herauszufinden.